

Empfehlung des Beirats Nahmobilität vom 26.08.2021 (1. Sitzung): TOP 7 Kommunale Entscheidungsspielräume für Geschwindigkeitsbegrenzungen

Sachdarstellung:

Die Vorteile angemessener Geschwindigkeiten für Verkehrssicherheit, Lärmschutz, Luft- und Lebensqualität sind hinlänglich bekannt. Die kommunalen Akteure können mit ihrer Kenntnis der Situation vor Ort sehr gut beurteilen, welche Geschwindigkeiten in welchen Straßen angemessen sind. Starre rechtliche Regelungen schränken die Möglichkeiten der Kommunen aber insbesondere auf Hauptstraßen stark ein, sodass teilweise Geschwindigkeitsbeschränkungen nicht umgesetzt werden können, obwohl sie von allen kommunalen Akteuren vor Ort gewünscht werden.

Die Initiative „Lebenswerte Städte durch angemessene Geschwindigkeiten – eine neue kommunale Initiative für stadtverträglicheren Verkehr“ möchte die kommunalen Entscheidungsspielräume erhöhen. Sie fordert den Bund auf, die rechtlichen Voraussetzungen dafür zu schaffen, dass Kommunen Tempo 30 als Höchstgeschwindigkeit innerorts anordnen können, wo sie es für notwendig halten.

Die Stadt Dortmund soll diese Initiative unterstützen und sich ihr anschließen.

Die Ausweitung der kommunalen Entscheidungsspielräume wirft verschiedene Fragestellungen auf, die im Rahmen eines Modellvorhabens vertieft untersucht werden sollen. Der Bund muss dazu die rechtlichen und organisatorischen Rahmenbedingungen schaffen. Die Stadt Dortmund kann durch die Teilnahme ihre Entscheidungsspielräume schnell erweitern und ihre Erfahrungen mit Tempo 30 auf den Hauptstraßen Ruhrallee und Brackeler Straße einbringen.

Kommunale Initiative für lebenswerte Städte:

„Lebenswerte Städte durch angemessene Geschwindigkeiten – eine neue kommunale Initiative für stadtverträglicheren Verkehr“, abrufbar unter <https://www.staedtetag.de/files/dst/docs/Presse/2021/staedteinitiative-tempo-30-kurzpapier-2021.pdf>.

Empfehlungsvorschlag:

- 1) Der Beirat Nahmobilität empfiehlt dem Rat der Stadt Dortmund und den zuständigen Ausschüssen zu beschließen, dass die Stadt Dortmund sich gegenüber dem Bund für mehr kommunale Entscheidungsspielräume bei der Anordnung von Geschwindigkeitsbegrenzungen einsetzt und sich der Initiative „Lebenswerte Städte durch angemessene Geschwindigkeiten – eine neue kommunale Initiative für stadtverträglicheren Verkehr“ anschließt.
- 2) Der Beirat Nahmobilität empfiehlt dem Rat der Stadt Dortmund und den zuständigen Ausschüssen, die Verwaltung zu beauftragen,
 - beim Bund für die Durchführung eines städteübergreifenden, geförderten und zentral evaluierten Modellvorhabens für mehr kommunale Entscheidungsspielräume bei Geschwindigkeitsbegrenzungen zu werben,

- das Interesse der Stadt Dortmund an der Teilnahme an einem solchen Modellvorhaben zu bekunden
- und die Bewerbung für eine Teilnahme vorzubereiten.